

Es gilt das gesprochene Wort!

**DBV-Vizepräsident Udo Folgart**

**Rede zur Tagung**

**„20 Jahre Agrargenossenschaften“**

**am 19. Oktober 2010**

**in der Humboldt Universität Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ca. ... Agrargenossenschaften in den Neuen Bundesländern haben sich gegen allen Zweiflern behauptet und in der überwiegenden Mehrheit dank des Engagements und der Risikobereitschaft ihrer Mitglieder als wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Unternehmen entwickelt.

Die Agrargenossenschaften sind ein fest integrierter Bestandteil des landwirtschaftlichen Berufsstandes. Über 850 Agrargenossenschaften sind auf freiwilliger Basis Mitglied in den Kreis-, Regional- und Landesbauernverbänden der 5 Neuen Bundesländer.

Wenn man auf 1990 zurückschaut, so ist vor allem in Erinnerung:

- Der Übergang der Landwirtschaft von der DDR zur Bundesrepublik begann mit einem Einbruch der Agrarmärkte.
- Dann stellte sich als zweite wichtige Frage: In welchen betrieblichen Strukturen sich die Landwirtschaft entwickeln wird?
- Und Drittens: Wie können wir als Landwirte, als Bauern unsere Interessen in einer offenen Gesellschaft vertreten?

Viele Vertreter von Agrargenossenschaften haben die Verantwortung für die Gesamtinteressen des landwirtschaftlichen Berufsstandes an entscheidende Positionen im Deutschen Bauernverband sowie in den Kreis- und Landesbauernverbänden übernommen und mit Engagement ausgeübt.

Ich möchte hier nur stellvertretend Frank Rentsch als Vorstand einer Agrargenossenschaft nennen, der jahrelang als Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes sich speziell für die Interessen landwirtschaftlicher Betriebe in den Neuen Bundesländern eingesetzt hat.

Aber auch Heinz Nieschke, Werner Gutzmer, Bernhard Groß und Horst Saage sind als Vertreter von Agrargenossenschaften und Männer der ersten Stunde im Prozess des Aufbaus einer wirksamen landwirtschaftlichen Berufsvertretung in den Neuen Bundesländern vielen bekannt.

Die Entwicklung der Agrargenossenschaften zu erfolgreichen landwirtschaftlichen Unternehmen seit 1990 war natürlich kein Selbstläufer.

Es bedurfte enormer Überzeugungsarbeit gegenüber der Politik aber auch – und das möchte ich nicht verschweigen – innerhalb des gesamtdeutschen Berufsstandes.

---

Mit der Herausbildung der Landesbauernverbände in den Neuen Bundesländern im Jahre 1991 und ihrer Aufnahme in den Deutschen Bauernverband stand für uns natürlich die Aufgabe, die besonderen Interessen und Anliegen landwirtschaftlicher Betriebe in den Neuen Bundesländern auch im Deutschen Bauernverband zu verankern.

Dies galt sowohl für die aus der Umwandlung von LPG nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz entstandenen juristischen Personen insbesondere in Form von Agrargenossenschaften und Kapitalgesellschaften aber auch für Wieder- und Neueinrichter.

Deshalb wurde im Deutschen Bauernverband ein Ausschuss „Deutsche Einheit“ eingerichtet mit dem Ziel der Förderung des gegenseitigen Verständnisses für die Strukturen in den Alten Bundesländern und den Neuen Bundesländern.

Viele Vorbehalte, Fehlinformationen und Missverständnisse konnten abgebaut werden.

Die Arbeit im Ausschuss „Deutsche Einheit“ hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Deutsche Bauernverband sich frühzeitig und mit hoher Wirksamkeit für die Anliegen auch der aus der Umwandlung von LPG hervorgegangenen „Gemeinschaftsunternehmen“ eingesetzt hat.

Erinnert sei an

- die damalige Anpassungshilfe,
- die zunächst langfristige Verpachtung der Treuhandflächen,
- die Treuhandentschuldung und der Abschluss der Rangrücktrittsvereinbarungen sowie
- die Begleitung des schwierigen Prozesses der LPG-Umwandlungen und der Vermögensauseinandersetzung.

Mit vereinter Kraft des Deutschen Bauernverbandes, der Landesbauernverbände aber auch der Genossenschaftsverbände gelang es Regelungen zur Altschuldenfrage, zur weiteren Verlängerung der BVVG-Pachtverträge und des begünstigten Flächenerwerbs zu erringen und Bestrebungen der europäischen und teilweise auch nationalen Politik zur Benachteiligung größerer Betriebsstrukturen zurückzudrängen.

Die Altschuldenregelung und der begünstigte Flächenerwerb für Pächter könnte 2009 abgeschlossen werden.

Die Agrargenossenschaften sind heute anerkannte landwirtschaftliche Unternehmen in ihren Regionen.

Sie schaffen und unterhalten Arbeits- und Ausbildungsplätze. So wurden in den letzten zwei Jahren nicht zufällig zwei Agrargenossenschaften als bester Ausbildungsbetrieb im Deutschen Bauernverband ausgezeichnet.

Agrargenossenschaften pflegen und unterhalten aber auch die Natur und Landschaft, verbessern die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum und erbringen zahlreiche gemeinnützige Leistungen für den ländlichen Raum.

Die Agrargenossenschaften werden und da bin ich mir sicher, sich auch in der Zukunft erfolgreich entwickeln.

Entscheidend dafür ist aber, dass sich die Politik auch auf europäischer Ebene wieder zur Chancengleichheit aller Rechtsformen bekennt.

Der Deutsche Bauernverband hat so auch weiter dafür Sorge tragen können, dass bei der Agrardieselbesteuerung die 10.000 Liter-Grenze entfällt.

Dies war ein Erfolg unserer Großdemonstration im Mai 2009 vor der Siegessäule in Berlin, bei der ein Großteil der Schlepper auch aus Agrargenossenschaften aus den neuen Bundesländern kam.

---

Als Ergebnis des diesjährigen Bauertages in Berlin können wir mit Genugtuung festhalten, dass trotz aller Sparzwänge der Bundesregierung und entsprechender Bestrebungen die 10.000 Liter-Grenze nicht wieder eingeführt wurde.

Wichtig ist jedoch, dass in der Zukunft alle landwirtschaftlichen Betriebe, so auch die Agrargenossenschaften, sich auf eine diskriminierungsfreie europäische Agrarpolitik verlassen können.

Eine starke Gemeinsame Agrarpolitik muss auch weiterhin ein unverzichtbarer Teil der europäischen Zukunftsstrategie bleiben.

Davon geht auch das erste Diskussionspapier von EU-Kommissar Ciolos zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik aus.

Wir brauchen aber eine gesicherte Finanzierung, um unseren Weg auf dem Binnenmarkt und im Export gehen zu können – trotz höchster Standards im Tier-, Natur- und Umweltschutz.

Abrupte Brüche stehen diesem Erfordernis deutlich entgegen. Gerade die deutschen Bauern haben zu dem große Vorleistungen erbracht.

Als Berufsstand haben wir auf dem Bauerntag Ende Juni dieses Jahres unsere Positionen klar bestimmt und Anfang Oktober auf unserer DBV-Präsidentenklausur in Auswertung des Ciolos-Papiers bekräftigt.

Wir fordern:

- Die Erste Säule mit einer entkoppelten Flächenprämie muss als pauschalierter Direktausgleich erhalten werden!

Dies ist eine notwendige Grundsicherung für die Aufrechterhaltung der Produktion und der Versorgungssicherheit.

Die ist der notwendige Ausgleich für die hohen Standards und die gesellschaftlichen Leistungen!

Nur mit einer modernen und effizienten Landwirtschaft lassen sich die ökologischen und ökonomischen herausforderungen meistern.

Statt derartiges „Grünes Wachstum“ mit Nachdruck zu fördern, verzettelt sich Kommissar Ciolos in Vorschlägen, die nur zum Anwachsen von Bürokratie führen.

- Flächenzahlungen in der EU müssen aber schon aufgrund des unterschiedlichen Kosten- und Kaufkraftniveaus differenziert bleiben.

Die Position Deutschlands als größter Nettozahler der EU darf nicht weiter verschlechtert werden.

- Eine größenabhängige Degression, sei es an den Unter- oder Obergrenzen, wird von uns entschieden abgelehnt!

Kappung oder Degression ist sachlich nicht gerechtfertigt und widerspricht eindeutig der Zielsetzung einer entkoppelten Flächenprämie. Auch ggf. vorgesehene Anhebungsmöglichkeiten nach Beschäftigtenanzahl werden dieser Zielsetzung nicht gerecht.

Diese Position wird vom gesamtdeutschen Berufsstand nachdrücklich getragen.

- Cross Compliance muss deutlich vereinfacht werden!

Cross Compliance ist das Beispiel schlechthin um zu beweisen, dass man es mit dem Bürokratieabbau wirklich ernst meint!

- Die Modulation und damit auch dessen progressiver Teil muss abgeschafft werden!

Der schwelende Dauerstreit zwischen Erster und Zweiter Säule ist unnötig wie ein Kropf: Wir brauchen eine klare politische Entscheidung, die bis 2020 Bestand hat!

- Wir wollen nicht zurück zu den Marktordnungen alter Prägung!  
Wir wollen für den Markt und nicht für die Intervention produzieren!

Aber nicht zufällig ist die Stabilisierung der Märkte auch im Lissabon-Vertrag ein Ziel und eine Verpflichtung der EU!

Deshalb brauchen wir Sicherheitsnetze gegen extreme Marktausschläge und Weltmarktrisiken!

Hier lässt das Ciolos-Papier richtige Ansätze erkennen.

Die Entscheidung muss aber bei den Betrieben liegen – deshalb unser Vorschlag einer steuerlichen Risikorücklage.

- Die Förderpolitik in der Zweiten Säule muss sich weiterhin auf die Landwirtschaft konzentrieren!

Für die Landwirte und nicht für die Landräte muss die Maßgabe sein!

Wir brauchen eine bessere Honorierung der Agrarumweltmaßnahmen mit Anreizen, und wir müssen die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und Berggebiete sichern!

Was zurzeit über eine Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete aus Brüssel vorgeschlagen wird, ist für uns untragbar!

---

Auch für die kommenden 20 Jahre und weit darüber hinaus bin ich optimistisch, dass die Agrargenossenschaften wirtschaftlich und ideell ihren Platz in der deutschen Landwirtschaft und in den Ländlichen Räumen behalten werden!